N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 29.06.2007, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Becker, Böttcher, Brahms, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kissel, Lohse, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Prof. Dr. Simon, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Dorn, Göttling, Markus, Neuwohner, Dr. Perabo, Pistor, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

Marburger Linke: Adsan, Gottschaldt, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Metz, Schäfer

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel

MBL: Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadträtin Dr. Amend-Wegmann
Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel

Es fehlten entschuldigt:

Stadträtin Lassmann, Stadtrat Rehlich, Stadtverordneter Backes (SPD), Stadtverordnete Daser (SPD), Stadtverordnete Kaufmann (CDU), Stadtverordneter Ludwig (MBL)

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Germien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:07 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt besonders die neue Stadtverordnete Halise Adsan, Fraktion Marburger Linke, die heute erstmalig an einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung teilnimmt.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 1. Juni 2007 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Wie der Stadtverordnetenvorsteher mitteilt, liegen für die heutige Tagesordnung 7 dringliche Anträge vor. Alle Anträge liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

1. Dringlichkeitsantrag der CDU betr. Burgwaldbahn

Die Dringlichkeit wird zusätzlich begründet durch den Stadtverordneten Stompfe (CDU). Da hinsichtlich der Stilllegung der Burgwaldbahn in den zuständigen Gremien des NVV und des RMV noch keine abschließende Entscheidung getroffen wurde, soll die Vorlage zurückgestellt werden bis zur August-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

2. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Oberstadtaufzug

Die Vorlage wird zusätzlich mündlich begründet durch die Stadtverordnete Röhrkohl (CDU). Zur Sache spricht der Oberbürgermeister. Der Stadtverordnete Göttling (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht gegen die Dringlichkeit dieser Vorlage. In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, FDP und der Fraktion Marburger Linke die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

3. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Sonnenschutz im Aqua-

Mar

Die Vorlage wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Vaupel (CDU). Der Stadtverordneten Vaupel ergänzt den Beschlusstenor weiterhin auf folgende Fassung:

"Der Magistrat wird aufgefordert, auf der Liegefläche des AquaMars - und speziell um und über das Babybecken - Sonnensegel o. ä. aufzustellen."

Gegen die Dringlichkeit wird aus dem Hause nicht gesprochen. Die Vorlage wird einstimmig als Tagesordnungspunkt 13.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

4. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Äußerungen des DGB gegen den Marktfrühschoppen

Die Vorlage wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Lohse (CDU). Gegen die Dringlichkeit wird formal aus der SPD gesprochen. In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, FDP und MBL die Dringlichkeit. Gegen die Dringlichkeit sprechen sich die Stadtverordneten der Marburger Linken und ein Stadtverordneter der Grünen aus. Enthalten haben sich die Stadtverordneten der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist die erforderliche Mehrheit für die Aufnahme in die Tagesordnung nicht erreicht.

Die antragstellende Fraktion wünscht die Aufnahme dieses Antrages in die Tagesordnung der August-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

5. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Solidarität mit DGB-Sekretär Dr. Immelt

Die Vorlage wird zusätzlich mündlich begründet durch die Stadtverordnete Gottschaldt (Marburger Linke). Gegen die Dringlichkeit wird formal aus der SPD gesprochen. Die Dringlichkeit wird unterstützt durch die Stadtverordneten der Fraktion Marburger Linke, gegen die Dringlichkeit sprechen die Stadtverordneten der CDU, FDP und MBL. Enthalten haben sich die Stadtverordneten der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit kann die Vorlage nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

6. Dringlicher Antrag der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. SGB II Eingliederungsmittel, Integration in Arbeit

Die Vorlage wird zusätzlich begründet durch die Stadtverordnete Dr. Perabo (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen). In der anschließenden Abstimmung unterstützen alle Stadtverordneten die Dringlichkeit der Vorlage. Der Antrag wird als Tagesordnungspunkt 13.2 in die Tagesordnung aufgenommen.

7. Dringlicher Antrag der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Schließung der Krankenpflegeschule

Die Stadtverordnete Dr. Perabo (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) verliest den soeben erst vorlegten Antrag. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Er führt aus, dass zur Zeit keine gesicherten Informationen zu dem Thema vorliegen, aber nächste Woche ein Gesprächstermin anberaumt ist.

Die Dringlichkeit wird unterstützt durch alle Stadtverordneten. Der Stadtverordne-

tenvorsteher wird daher den Antrag als 13.3 in die Tagesordnung aufnehmen und entsprechend aufrufen.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die Tagesordnung und die angemeldeten Ansprachen. Der Stadtverordnete Metz beantragt, zum Tagesordnungspunkt 11 noch eine Aussprache durchzuführen. Gegen diesen Geschäftsordnungsantrag spricht der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen). Er führt aus, dass bei einstimmigen Ausschussempfehlungen laut Vereinbarung im Ältestenrat keine Aussprache durchgeführt werden sollte. Ferner wurde in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates das Thema besprochen und ausdrücklich keine Aussprache beantragt.

Zur Klärung der Angelegenheit wird die Sitzung um 17:50 Uhr unterbrochen, um den Ältestenrat einzuberufen.

Nach der Sitzung des Ältestenrates wird die Stadtverordnetenversammlung um 18:23 Uhr fortgesetzt. Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass zum Tagesordnungspunkt 11 keine Aussprache durchgeführt wird. Auf die Vereinbarungen im Ältestenrat am 28. Juni wird ausdrücklich Bezug genommen. Die dort getroffenen Vereinbarungen sollten für alle Fraktionen Verbindlichkeit haben.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt als sofern als genehmigt.

---

zu 3.1 **Marburger Ortsrecht**
hier: XVI. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Tageseinrichtungen für Kinder (Kindergärten – Kindertagesstätten – Hort und Krippe) der Stadt Marburg
Vorlage: VO/1454/2007

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.
Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den beigefügten XVI. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Tageseinrichtungen für Kinder (Kindergärten - Kindertagesstätten - Hort und Krippe) der Stadt Marburg.

---

zu 4 **Fragestunde**

---

zu 4.1 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 1 6/2007)**

Vorlage: VO/1478/2007

Warum hat der Magistrat den geplanten Theaterball ausfallen lassen? Ist in absehbarer Zeit ein neuer Ball geplant?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Idee zu einem Marburg-Ball als gesellschaftliches Ereignis ist im Beirat der Stadthalle entwickelt worden. Der Magistrat hat die Schirmherrschaft, das Hessische Landestheater Marburg die organisatorische Umsetzung und finanzielle Verantwortung übernommen. Als zehn Tage vor Ballbeginn nur 104 von 350 kalkulierten Karten verkauft waren, hat das Hessische Landestheater den Ball abgesagt. Andernfalls wäre nach HLT-Angaben ein hochgerechneter Verlust von 12.000 € entstanden.

Ein neuer Ball ist in absehbarer Zeit nicht geplant. Die Veranstalter bezweifeln ein ausreichendes Interesse in Marburg. Das Argument „falscher Termin“ (Samstag, 19. Mai nach Christi Himmelfahrt) wurde durch die Besucherzahl am 17. Mai widerlegt: „Swinging St. Pauli“ lockte 329 zahlende Zuschauer.

---

zu 4.2 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 2 6/2007)**
Vorlage: VO/1479/2007

Ist der Magistrat der Meinung, dass die Werbung für den ausgefallenen Ball ausreichend war? Würde sich die Marketingstrategie für einen zukünftigen Ball ändern?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Das Hessische Landestheater hat zum Marburg-Ball 75.000 Werbeträger herausgegeben: Leporellos von HLT und Stadthalle, Anzeigen in OP, MNZ und studier mal marburg, Plakate, Flyer und Banner, dazu redaktionelle Beiträge in OP und MNZ sowie Mails an 2.000 Email-Adressen. Damit war der Marburg-Ball aus Sicht des Magistrats ausreichend beworben.

Die Frage nach der Marketingstrategie zielt auch auf das Produkt und den Preis: Mit zwei Live-Bands und einer Pianistin, HLT-Ensemble-Beiträgen und Tanzschulen-Einlagen sowie Büffet war das Programmangebot vielfältig. Der Eintrittspreis lag mit 55 € im untersten Bereich vergleichbarer Theaterbälle.

Da ein weiterer Marburg-Ball zunächst nicht geplant ist, soll auch keine Aussage über eine künftige Marketingstrategie gemacht werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Röder (CDU) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.3 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 3 6/2007)**
Vorlage: VO/1483/2007

Kann der Magistrat eine Sachstandauskunft über den am 29.09.2006 im Par-

lament beschlossenen Prüfantrag zur Errichtung eines Tierfriedhofes erteilen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Errichtung eines Tierfriedhofes kann grundsätzlich sowohl unter städtischer als auch privater Trägerschaft erfolgen.

Die Errichtung eines gebührenfinanzierten Tierfriedhofs in städtischer Trägerschaft ist aus Sicht der Verwaltung aus folgenden Gründen nicht angezeigt:

1. Es besteht keine gesetzliche Verpflichtung für die Kommunen, einen Tierfriedhof zu errichten und zu betreiben.
2. Wegen der Vielzahl der gesetzlichen Anforderungen an die Errichtung eines Tierfriedhofs wäre ein solches Projekt mit erheblichen Investitionen verbunden.
3. Unter naturschutzrechtlichen und planungsrechtlichen Gesichtspunkten ist es sehr schwierig, im Stadtgebiet von Marburg ein geeignetes städtisches Grundstück zur Verfügung zu stellen. Die gesetzlichen Vorgaben bezüglich Bau und Betrieb einer solchen Anlage sind nur sehr schwer zu erfüllen.
4. In der näheren Umgebung von Marburg in Unterrosphe wird bereits auf privater Basis ein Tierfriedhof betrieben.

Sollten sich private Interessenten im Stadtgebiet von Marburg für die Errichtung eines Tierfriedhofes interessieren, wird dies im Rahmen der gesetzlichen Anforderungen des Tierkörperbeseitigungs- und Tierseuchen-, Umwelt- und Landschaftsschutz-, Wasserschutz-, Stadtplanungs- und Baurechts Unterstützung finden.

Zur weiteren Information ein Auszug aus dem Schreiben des Fachbereichs Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Fachdienst Tierseuchenbekämpfung des Landrates Marburg-Biedenkopf:

„Grundlage für die Errichtung und den Betrieb eines Tierfriedhofes ist die VO (EG) Nr. 1774/2002. Diese regelt, dass eine derartige Einrichtung der Zulassung bedarf. Zuständig für die Zulassung ist für den hiesigen Dienstbezirk das Regierungspräsidium Gießen.

In Artikel 24 dieser Verordnung heißt es:

Die zuständige Behörde kann bei Bedarf entscheiden, dass

a) tote Heimtiere durch Vergraben direkt als Abfall beseitigt werden können.

   Heimtiere sind definiert als Tiere von Arten, die normalerweise von Menschen zu anderen Zwecken als zu landwirtschaftlichen Nutzzwecken gefüttert und gehalten, jedoch nicht verzehrt werden.

Nähere diesbezügliche Ausführungen existieren nicht.

Voraussetzung für die veterinärrechtliche Zulassung ist der sichere Ausschluss einer möglichen Ausbreitung von Tierseuchen. Als betriebliche Auflage wurde in einem vergleichbaren Fall gefordert, die Tierkörper so zu beerdigen, dass sie mit

einem Drahtgeflecht und einer mind. 100 cm mächtigen Erdschicht bedeckt sind, um ein Ausgraben durch Wildtiere sicher auszuschließen. In Abhängigkeit von der Lage sollte ebenfalls eine Einzäunung vorhanden sein. Weiterhin wurde das Vergraben auf die Tierarten Hunde, Katzen, Vögel und Nagetiere beschränkt.

Darüber hinaus sind die gleichen Belange zu prüfen, die auch bei der Errichtung eines Friedhofes gefordert werden."

---

zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 4 6/2007)
Vorlage: VO/1484/2007

Wann kann das Konzept zum verkehrsberuhigten Ausbau des Südbahnhofsviertels vorgestellt und mit den Beteiligten diskutiert werden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Konzept zum verkehrsberuhigten Ausbau für das Südbahnhofsviertel wurde vom Fachdienst Tiefbau bereits entwickelt und ist innerhalb der Verwaltung abgestimmt. In den nächsten Jahren soll sukzessive ein Straßenzug nach dem anderen ausgebaut werden. Vor Baubeginn werden die Planungen der einzelnen Straßenzüge zur Diskussion und Abstimmung vorgestellt. Das erste Ergebnis dieses Abstimmungsprozesses kann in der Fichtestraße in Augenschein genommen werden, die im April 2007 fertig gestellt wurde.

Die Dringlichkeit für die Erneuerung der weiteren Straßen im Südbahnhofsviertel ist jedoch nicht mehr so hoch wie noch vor wenigen Jahren, da die Stadtwerke ihre Versorgungsleitungen inzwischen vollständig erneuert haben und in dem Zuge auch Reparaturarbeiten an den Straßen ausgeführt wurden bzw. noch werden.

Nach Abschluss und Auswertung der notwendigen Erhebungen kann das ebenfalls geplante Bewohnerparkkonzept im Herbst 2007 mit den Beteiligten diskutiert werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Wölk (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 5 6/2007)
Vorlage: VO/1485/2007

Das Mehrgenerationenhaus erfreut sich auch bei den Menschen im Landkreis großer Beliebtheit. Ca. 45 % der Nutzer sollen demnach aus dem Landkreis kommen.
Beteiligt sich der Landkreis dieser Quote entsprechend auch an den Betriebskosten?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Träger des Marburger Mehrgenerationenhauses ist die Evangelische Familienbildungsstätte.

Die Stadt Marburg trägt die Betriebskosten für die beiden Räume im Melanchthonhaus. Angebote der Familienbildungsstätte erreichen nicht nur Menschen mit Wohnsitz in der Universitätsstadt Marburg. Rund 45 Prozent der Nutzer haben ihren Wohnsitz im Landkreis.

Eine Zielsetzung des MGH ist: Menschen unterschiedlicher Generationen zusammen zu führen. Angebote, die dies möglich machen und fördern, werden von der Fbs auch für Gemeinden im Kreis erarbeitet. Es ist anzunehmen, dass das MGH in Marburg in Zukunft auch verstärkt durch Menschen aus Orten im Landkreis genutzt werden wird.
Als das MGH am 26. April eröffnet wurde, hob der Landrat in seinem Grußwort hervor, dass knapp 50 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Fbs-Kursen aus dem Landkreis kommen.
Diese Aussage, sowie die Tatsache, dass nicht nur der Landrat bei der Eröffnung des MGH anwesend war, sondern auch der Erste Beigeordnete sowie mehrere Mitglieder des Kreistages, waren für mich Anlass, dem Landrat anzubieten, dass der Kreis sein großes Interesse an dem Marburger MGH ja auch durch Taten zum Ausdruck bringen könnte.
Das heißt: Ich habe dem Landrat mit Schreiben vom 27. April angeboten, knapp die Hälfte der rund 12.500 Euro Betriebskosten für das MGH zu übernehmen.
Die ablehnende Antwort des Landrats erreichte mein Büro Ende Mai: Eine Förderung des MGHs sei aufgrund haushaltsrechtlicher Verpflichtungen gegenüber bestehenden Projekten leider nicht möglich.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 6 6/2007)
Vorlage: VO/1486/2007

Kann die Straßenverkehrsbehörde dort, wo mehrere Fahrspuren im Reißverschlussverfahren zusammengeführt werden, ein Schild aufstellen, welches darauf hinweist, dass erst am Ende der Spur einzufädeln ist?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das entsprechende Schild in dem Verkehrszeichenkatalog soll bei Autobahn-Baustellen mit Verengung auf einen Fahrstreifen verwendet werden.

Bei der Verengung von zwei auf eine Fahrspur im innerstädtischen Bereich wird die Anbringung eines derartigen Schildes nicht als sinnvoll angesehen, da bei fließendem Verkehr der gesamte Bereich zum Einfädeln genutzt werden soll.

Grundsätzlich ist die Aufstellung derartiger Schilder im Bereich der Stadt Marburg nicht vorgesehen. In begründeten Einzelfällen -z.B. bei Baustellen mit zu erwartenden Rückstaus- können die Schilder aufgestellt werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 7 6/2007)
Vorlage: VO/1522/2007

In den Medien wird in letzter Zeit über zunehmenden Konsum von Anabolika bei meist jüngeren Besuchern von Fitnessstudios und der damit einhergehenden Etablierung eines Schwarzmarkts für diese Mittel berichtet. Gibt es diesbezüglich Erkenntnisse Marburg betreffend?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Marburger Polizei hat keine Erkenntnisse über illegalen Handel mit Anabolika.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 8 6/2007)
Vorlage: VO/1523/2007

Im Mai/Juni wurden in der Weintrautstraße Tief- und Straßenbauarbeiten durchgeführt. Wie viele leistungsfähige heimische Betriebe haben sich an der Ausschreibung beteiligt und um wie viel Prozent bzw. Euro war der DBM günstiger als das günstigste Angebot eines gewerblichen Unternehmens?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Rahmen des Weiterentwicklungskonzeptes für den DBM hat die Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 18. Juli 2003 mit breiter Mehrheit ein weit reichendes Maßnahmenpaket zur Restrukturierung von Dienstleitungen des DBM beschlossen. Ein in diesem Paket enthaltener Kernpunkt stellt die Übernahme von Tiefbauarbeiten von den Stadtwerken Marburg durch den DBM zu marktkonformen Konditionen dar.

Auf der Grundlage Ihrer eigenen Preisliste für Tiefbaumaßnahmen vergeben die Stadtwerke Marburg Zeit- bzw. Rahmenverträge für kleinere und mittlere Baumaßnahmen (inkl. Bereitschaft für Entstörungsmaßnahmen) an die im Wettbewerb günstigsten Tiefbaufirmen.

Ein Auftragsanteil von überschlägig 10 % des jährlich zu erwartenden Vergabevolumens aus o. g. Rahmenverträgen wird, auf der Grundlage dieses Parlamentsbeschlusses, an den DBM vergeben. Der DBM erbringt diese Dienstleistungen zu den gleichen Konditionen wie die anderen von den Stadtwerken Marburg beauftragten Unternehmen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Um 18:47 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth-Sperling (Nr. 9 6/2007)
Vorlage: VO/1487/2007

Liegt für das Anwesen Rübenstein 5 eine Baugenehmigung vor und - falls ja

welche Gebäudehöhe ist genehmigt und wie weit wird das Haus über die Begrenzungsmauer des Lutherischen Kirchhofes hinausragen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Für das Anwesen Rübenstein 5 wurde am 05.10.2006 eine Baugenehmigung zur Errichtung eines Wohnhauses mit 2 Wohnungen erteilt.
Die Gebäudehöhe beträgt am First 12,65 m, bezogen auf das vorhandene Gelände des Grundstückes Rübenstein 5.
Die Begrenzungsmauer des Lutherischen Kirchhofes wird vom First (Giebelspitze des Hauses) in Form von Dreieckflächen wie folgt überragt:

1. um 55 cm im Abstand von 2,45 m zur Begrenzungsmauer,

2. um 60 cm im Abstand von 3,65 m zur Begrenzungsmauer und

3. um 1,55 m - ansteigend auf 1,80 m im Abstand von 7,30 m zur Begrenzungsmauer

Das zwischenzeitlich rückgebaute Fachwerkhaus hatte gravierende Bauschäden und war bereits seit Jahren nicht mehr bewohnbar. Auf Grundlage eines Sanierungsvertrages mit der Verpflichtung zum Neubaubeginn innerhalb von 3 Jahren wurde die Abbruchmaßnahme mit Einsatz von Städtebaufördermitteln finanziert.

Über das Bauvorhaben gab es in der Denkmalbeiratssitzung am 08.05.2007 einen Beschluss zur Reduzierung der Gebäudehöhe um ein Vollgeschoss, so dass die Firsthöhe unterhalb der Mauerkrone des Lutherischen Pfarrhofs bleiben sollte.

Nach erneuten Gesprächen über die o. g. Zielvorgabe gegenüber dem Grundstückseigentümer und dessen Architekten gibt es nun Signale, dass eine nur noch 2-geschossige Bauweise denkbar wird.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Markus (Nr. 10 6/2007)
Vorlage: VO/1488/2007

Auf dem Gehweg mit glattem Pflaster für Rollstuhlfahrer vom Oberstadtaufzug Richtung Wettergasse Parken so regelmäßig PKW, dass Rollstuhlfahrer ständig genötigt werden, bei großem Gefälle durch die Regenrinne zu balancieren um über das grobe Kopfsteinpflaster hoppelnd zur Marktgasse zu gelangen und umgekehrt.
Kann der Magistrat diesen Zustand verbessern?

Da der Stadtverordnete Markus zur Zeit noch nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet:

Stellungnahme:
Der Magistrat wird in Abstimmung mit der Straßenverkehrsbehörde dort die Montage von Pollern prüfen.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

---

zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 11 6/2007)
Vorlage: VO/1524/2007

Beteiligt sich auch die Stadtverwaltung (als Arbeitgeberin) wie andere Kommunen an dem Wettbewerb „Mit dem Rad zur Arbeit" - wie z.B. die Stadt Frankfurt oder die Kreisverwaltung Marburg-Biedenkopf und welche Vorbildfunktion könnte dabei der Magistrat übernehmen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Stadtverwaltung Marburg beteiligt sich nicht an dem Wettbewerb „Mit dem Rad zur Arbeit". Das bedeutet aber nicht, dass es dem Magistrat gleichgültig wäre, wie die Beschäftigten ihren Arbeitsplatz erreichen. Vielmehr wurde mit dem Personalrat erst kürzlich die „Dienstvereinbarung zur Förderung von Alternativen zum PKW bei der Stadtverwaltung Marburg" abgeschlossen, die als wesentliches Element die Bereitstellung des Job-Tickets für alle Beschäftigten beinhaltet, sofern seitens der Stadtverordnetenversammlung die entsprechenden Mittel im jeweiligen Haushalt bereitgestellt werden.

Ein weiterer Bestandteil der Dienstvereinbarung ist, dass die Stadt Marburg für Fahrräder der Beschäftigten einen überdachten Platz zur Verfügung stellt, soweit die baulichen Gegebenheiten dies zulassen. Und nicht zuletzt wird im Rahmen eines kürzlich auf Initiative des Gesamtpersonalrates gegründeten Arbeitskreises Gesundheit u.a. auch die stärkere Motivierung der Beschäftigten zur Nutzung des Fahrrades für den Weg zur Arbeit diskutiert. Hier ist es aber nicht damit getan, sich öffentlichkeitswirksam an der bundesweiten Kampagne „bike and business" bzw. „Mit dem Rad zur Arbeit" zu beteiligen. Vielmehr spielen neben adäquaten Fahrradabstellplätzen konkrete Bedingungen wie das Vorhandensein von Duschen und Umkleidemöglichkeiten eine ganz entscheidende Rolle für die Akzeptanz des Fahrrades als vorrangiges Beförderungsmittel für den Weg zur Arbeit. Hier kann schon allein wegen der Dezentralität der Verwaltungs- und Einrichtungsstandorte nur ein schrittweises Vorgehen erfolgen, für den es einen langen Atem braucht.

Insgesamt gesehen ist also die Stadtverwaltung Marburg auch ohne bundesweite Kampagne auf gutem Weg mit dem Rad zur Arbeit.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Roger Pfalz (Nr. 12 6/2007)
Vorlage: VO/1489/2007

Inwieweit werden die Ortsbeiräte bei Befreiungen von den Festsetzungen der Bebauungspläne nach § 31 II BauGB angehört?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Ortsbeiräte werden bei Anträgen zur Erteilung von Befreiungen von den Festsetzungen der Bebauungspläne nach § 31 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) grundsätzlich von der Bauaufsichtsbehörde um Stellungnahme zu dem jeweiligen Bauvorhaben gebeten.
Unabhängig davon werden die Ortsbeiräte bei im Außenbereich (§ 35 BauGB) geplanten Vorhaben sowie bei Baumaßnahmen, die eine besondere Bedeutung für den Stadtteil haben, um Stellungnahme von der Bauaufsichtsbehörde gebeten.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 13 6/2007)
Vorlage: VO/1490/2007

Wie setzt sich der Betrag von 200.000 € für die Herrichtung der Räume in der Universitätsstraße 4 zur Nutzung durch die Otto-Ubbelohde-Schule im Einzelnen zusammen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Maßnahmen, die über der HHst 02.21106.941000 finanziert werden sollen

Abbrucharbeiten	Fa. Integral
Putz-, Anstricharbeiten	Fa. Integral
Trockenbauarbeiten	Fa. KWS
Sanitärarbeiten	Fa. Weitzel + Dörr
Elektroarbeiten	Fa. Team Elektrik
Baul. durch Fachbüro	Ingenieurbüro Eltplan
Bodenbelagsarbeiten	Fa. Haus und Handwerk
Schreinerarbeiten	Fa. Weigand und Fa. Fus
Schlosserarbeiten	Handwerker FD 65.1
Außenanlage	noch nicht bekannt

Mobiliar und Ausstattung

Schreinerarbeiten in
anderen Verwaltungsbereichen
auf Grund des Verwaltungsumzugs

Mit Abschluss der Maßnahme wird dem Magistrat eine Kostenfeststellung zur Kenntnis gegeben.
Es wird angestrebt, das Finanzierungsvolumen von 200.000 € möglichst nicht voll in Anspruch zu nehmen.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Seelig (Nr. 14 6/2007)
Vorlage: VO/1491/2007

Für welche Anlieger der Wittelsberger Straße im Stadtteil Moischt werden bei der geplanten Baumaßnahme (Fahrbahnverengung/Querungshilfe) Anliegerkosten entstehen und mit welcher Gesamthöhe dieser Kosten ist gegebenenfalls zu rechnen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die in Rede stehenden Maßnahmen umfassen den Verkehrsbereich ab Einmündung Hirtengarten bis ca. 20 m hinter der südlichen Grundstücksgrenze des Kindergartens.

Soweit die letztlich ausgeführten Arbeiten einer Beitragspflicht unterliegen, müsste zur Abrechnung ein Abschnitt gebildet werden, der hier durch die einmündenden Verkehrsbereiche „Hirtengarten" und „Kirchstraße (Dorfplatz)" begrenzt wird. Beitragspflichtig wären in diesem Fall alle Grundstücke entlang dieser Strecke, somit die Grundstücke Wittelsberger Straße 2 - 10 auf der westlichen Seite und die Liegenschaften Wittelsberger Straße 1 - 11 sowie Hirtengarten 2 auf der östlichen Seite.

Da es sich bei der Wittelsberger Straße um die Ortsdurchfahrt der klassifizierten Kreisstraße 38 handelt, sind die Kosten von etwaigen Fahrbahnveränderungen oder -neuherstellungen nicht beitragspflichtig. Die verbleibenden umlagefähigen Kosten wie z.B. die grundlegende Erneuerung der Gehwege wären nach der Straßenbeitragssatzung der Stadt Marburg abzurechnen.

Für den durch den Fachdienst Tiefbau angedachten, jedoch durch den Ortsbeirat Moischt abgelehnten Ausbauvorschlag standen im Haushalt des Jahres 2007 insgesamt 85.000,00 € als Verpflichtungsermächtigung zur Verfügung.

Welches Kostenvolumen der inzwischen durch den Ortsbeirat gewünschte Ausbauvorschlag nach sich zieht, ist noch nicht ermittelt. Insofern können hinsichtlich der Höhe etwaiger anstehender Beitragsbelastungen noch keine auch nur halbwegs konkrete Zahlen genannt werden.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 15 6/2007)
Vorlage: VO/1525/2007

Wie hat sich der Kfz.-Verkehr in der Universitätsstraße seit 1995 entwickelt? Wie hat sich der Anteil des innerstädtischen Durchgangsverkehrs am Kfz.-Verkehr in der Universitätsstraße seit 1995 entwickelt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Verkehrsbelastung in der Universitätsstraße kann wie folgt bis in die neunziger Jahre zurückverfolgt werden:

14.500 Kfz. pro 24 Stunden 1991
15.790 Kfz. pro 24 Stunden 2001
16.500 Kfz. pro 24 Stunden 2007

Eine Differenzierung in Ziel- bzw. Quellverkehr und Durchgangsverkehr ist nicht möglich, da hierzu das Datenmaterial nicht vorhanden ist. Allerdings wurde im Rahmen der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplans bei einer Betrachtung von Wegeverflechtungen zwischen einzelnen Verkehrszellen für das Südviertel festgestellt, dass alleine 58.000 Fahrten täglich aus Ziel- und Quellverkehr im Südviertel resultieren.

---

zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth-Sperling (Nr. 16 6/2007)
Vorlage: VO/1542/2007

Wie hat sich der Anteil des innerstädtischen Durchgangsverkehrs am Kfz.-Verkehr in der Universitätsstadt seit 1995 entwickelt?

Die Kleine Anfrage wurde bereits mit der Frage Nr. 15 beantwortet.

Die Verkehrsbelastung in der Universitätsstraße kann wie folgt bis in die neunziger Jahre zurückverfolgt werden:

14.500 Kfz. pro 24 Stunden 1991
15.790 Kfz. pro 24 Stunden 2001
16.500 Kfz. pro 24 Stunden 2007

Eine Differenzierung in Ziel- bzw. Quellverkehr und Durchgangsverkehr ist nicht möglich, da hierzu das Datenmaterial nicht vorhanden ist. Allerdings wurde im Rahmen der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplans bei einer Betrachtung von Wegeverflechtungen zwischen einzelnen Verkehrszellen für das Südviertel festgestellt, dass alleine 58.000 Fahrten täglich aus Ziel- und Quellverkehr im Südviertel resultieren.

---

zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 17 6/2007)
Vorlage: VO/1492/2007

Welche Maßnahmen zur Reduzierung des innerstädtischen Durchgangsverkehrs plant der Magistrat?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Eine letzte umfassende Betrachtung der Marburger Verkehrsverhältnisse erfolgte im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans im Jahre 2001. Im Stadtgebiet von Marburg (ohne Außenstadtteile) werden täglich 243.000 Wege zurückgelegt, 55 % davon mit dem Auto und 45 % mit dem Umweltverbund. Im überörtlichen Vergleich sind diese Werte als sehr positiv hinsichtlich einer Reduzierung des Kfz-Verkehrsaufkommens zu bewerten. Seid diesem Zeitpunkt hat die Stadt Marburg weiteres unternommen, um den Umweltverbund (ÖPNV, Radverkehr, Fußgängerverkehr) zu attraktivieren. Zu nennen sind hier die Stadtteilbusverbindungen

sowie zahlreiche Verbesserungen für den Radverkehr in Form von unechten Einbahnstraßen, Radfahrstreifen etc.
Bei dem verbleibenden motorisierten Individualverkehr den Durchgangsverkehrsanteil zu reduzieren ist sowohl in Bezug auf die Gesamtstadt, als auch in Bezug auf einzelne Quartiere sinnvoll. So hat beispielsweise der zusätzliche Bau von Anschlussstellen an die Verteilerschiene B3 dazu geführt, dass innerstädtische Quartiere vom Durchgangsverkehr entlastet worden sind. Untersuchungen für einzelne Straßenzüge wie beispielsweise den Marbacher Weg und die Ketzerbach haben gezeigt, dass der Durchgangsverkehranteil oft überschätzt wird. In der Regel resultiert der größte Teil der Verkehrsmengen aus den Quellen und Zielen im jeweiligen Quartier.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 18 6/2007)
Vorlage: VO/1493/2007

Welche Gründe sind es, dass bislang bereits mindestens 5 Firmen mit den Pflasterarbeiten der Ketzerbach betraut wurden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Hauptunternehmer für die Baumaßnahme Umgestaltung Ketzerbach ist die STRABAG AG. Diese hat für die Ausführung bestimmter Bauleistungen bereits mit dem Angebot Subunternehmer benannt. Nachdem der Subunternehmer, der die Pflasterarbeiten in der Ketzerbach ausführen sollte, von der STRABAG wegen mangelnder Leistungsfähigkeit gekündigt wurde, sucht das Unternehmen neue Pflasterer, die die Leistungen fachgerecht und kostengünstig erledigen. Da dies scheinbar nicht zu erreichen ist, wurden die Pflasterflächen zuletzt von eigenen Mitarbeitern hergestellt. Ausschlaggebend für die Vorgehensweise der STRABAG sind sicherlich Kostengründe, da die Pflasterverlegung zu einem sehr günstigen Einheitspreis angeboten wurde.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP), Metz (Marburger Linke) und Heck (CDU) werden ebenfalls durch den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.19 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 19 6/2007)
Vorlage: VO/1505/2007

Die Umgebung des Deserteur-Denkmals in der Frankfurter Straße ist momentan in einem unangemessenen Zustand. Wann gedenkt die Stadt -und wie zuverlässig regelmäßig- diese Situation zu beheben?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Pflege des Deserteurdenkmals wird zukünftig regelmäßig an den DBM beauftragt, d.h. es wird zukünftig kontinuierlich gereinigt und wachsendes Unkraut wird entfernt.

Zwischenzeitlich wurde ein Pflegegang durchgeführt.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schäfer (Marburger Linke) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.20 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 20 6/2007)
Vorlage: VO/1526/2007

Wie viele bzw. welche Delikte sind bisher bei der Marburger Polizei verzeichnet, die im mittelbaren oder unmittelbaren Zusammenhang mit den Bordell- und Gastronomiebetrieben in der Siemensstraße stehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach dem Grundsatz der Unschuldsvermutung bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung geben weder Polizei noch Staatsanwaltschaft aus datenschutzrechtlichen Gründen Auskunft über Verfahren.

Neben dem aktuellen Vorfall sind hier weitere Strafverfahren nicht bekannt.

---

zu 4.21 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 21 6/2007)
Vorlage: VO/1527/2007

Wie viele Bußgeldbescheide wegen unerlaubten Parkens oder unerlaubten Befahrens sind in den letzten zwei Monaten in der Weidenhäuserstrasse einerseits und der Marktgasse / Barfüßerstrasse andererseits ausgestellt worden?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Verwarngeldverfahren werden nicht nach Straßen registriert, so dass die Frage nicht beantwortet werden kann.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.22 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva-Christiane Gottschaldt (Nr. 22 6/2007)
Vorlage: VO/1506/2007

Gibt es die Möglichkeit, all die vielen - auch z. T. kuriosen - Gegenstände, Bilder, Sammlerstücke, Becher, Bücher, Filme, Wegekarten, Pilgersterne, Rosenkarten usw., die im Zusammenhang mit dem 800.Geburtstag der Elisabeth von Thüringen entstanden sind und weitergegeben wurden, wenigstens in Form jeweils eines Exemplars in einer Art „Elisabethmuseum" zusammenzustellen und über das Geburtstagsjahr hinaus öffentlich zugäng-

lich zu machen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Eine Sammlung der Gegenstände ist sicherlich möglich und wird zum Teil bereits vorgenommen. Bei der Präsentation müssen die räumlichen, zeitlichen und damit auch finanziellen Möglichkeiten geprüft werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke) wird ebenfalls durch die Dezernentin beantwortet.

---

zu 4.23 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 23 6/2007)
Vorlage: VO/1528/2007

Wie haben sich die Kosten für die Ketzerbach-Neugestaltung seit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.11.04 „Variante 3" entwickelt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Mit dem Beschluss vom 26.11.2004 wurden die reinen Baukosten mit 1,7 Mio. € veranschlagt. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich zuletzt aufgrund einer Kleinen Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.02.07 mit der Kostenentwicklung der Ketzerbach-Umgestaltung befasst. In der damaligen Kleinen Anfrage der CDU wurden die damals aktuellen Kosten mit 2,65 Mio. dargestellt. Die derzeit aktuelle Kostenverfolgung sieht Gesamtkosten von ca. 2,75 Mio. € vor.

---

zu 4.24 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 24 6/2007)
Vorlage: VO/1529/2007

In der Sitzung v. 1. 6. habe ich nachgefragt, ob die Analyse über das Rotlichtmilieu, die dieses als ein Milieu charakterisiert, in dem Recht und Gesetz nicht gelten, auch für Marburg zutrifft. Der Oberbürgermeister verneinte dies. Ist der Oberbürgermeister angesichts der jüngsten Ereignisse im Großbordell bereit, seine Meinung zu revidieren?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Meine Antwort in der Sitzung vom 1. Juli war:

Es liegt bisher kein gesicherter Nachweis vor, dass die Analyse des Kriminalhauptkommissar Paulus auch für Marburg zutrifft.
Leider reichen Analysen über allgemeine Trends für konkrete Rechtsverfahren nicht aus.

Solange die polizeilichen Ermittlungen nicht abgeschlossen sind bzw. rechtskräftige Verurteilungen vorliegen, ändert sich nichts an dieser Aussage.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) werden ebenfalls

durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 19:16 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

---

zu 4.25 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 25 6/2007)
Vorlage: VO/1507/2007

An der neuen Treppe zur Elisabethkirche stehen sehr auffällig 2 große Mülleimer. Ist der Magistrat nicht auch der Meinung, dass diese nicht gerade zur Verschönerung beitragenden Gefäße an anderer Stelle aufgestellt werden sollten?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Fachdienst 66 hat im Zuge der Umbaumaßnahmen Papierkörbe bestellt, die sich in das Gesamterscheinungsbild integrieren. Da diese durch die Firma bisher noch nicht geliefert worden sind, hat DBM auf Bitten des Fachdienstes 66 die in Marburg ansonsten üblichen Papierkörbe dort übergangsweise aufgestellt. Sobald die richtigen Papierkörbe geliefert sind, werden diese umgehend dort aufgestellt.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschlich wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.26 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Ute Mehnert (Nr. 26 6/2007)
Vorlage: VO/1508/2007

Was ist aus dem Angebot der Marburger Rosenfreunde vom Januar dieses Jahres geworden, zur Verschönerung des Stadtbildes an verschiedenen Stellen der Stadt Rosen anzupflanzen und zu pflegen, was ist mit den Marburger Rosenfreunden vereinbart worden und an welchen Stellen sind Rosenpflanzungen ggf. geschehen oder geplant?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In diesem Frühjahr wurden die von den Rosenfreunden gestifteten Rosen am Erlenring von der Stadt gepflanzt. Rotblühende Rosen wurden in dem Mittelstreifen gepflanzt und rosafarbene Rosen an der Böschung des Bürgersteiges in Höhe der Mensa.
Beide Pflanzflächen stehen in Blüte und werden von den Rosenfreunden gepflegt. Je nach Kapazität der Rosenfreunde werden im Herbst neue Standorte für Rosenpflanzungen geplant.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Mehnert (CDU) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.27 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Roger Pfalz (Nr. 27 6/2007)
Vorlage: VO/1494/2007

Welche Kosten sind für die Stadt Marburg insgesamt zur Unterstützung des Normenkontrollverfahrens nach Art. 131 HV gegen das Hessische Studienbeitragsgesetz entstanden und welcher Teil der Kosten wäre vermeidbar gewesen (z.B. Abordnung von Mitarbeitern des Stadtbüros in die Mensa oder auf den Marktplatz, Zurverfügungstellung der Stadthalle für Vollversammlungen)?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Aus Sicht des Stadtbüros sind keine zusätzlichen oder vermeidbaren Kosten entstanden.
Das Angebot in der Mensa, dient - wie auch bei den Anmeldungen zum Semesterstart - in erster Linie dazu, die reibungslose Abwicklung der anderen Aufgaben im Stadtbüro zu gewährleisten. Wären die Unterzeichner der Unterschriftenaktion in das Stadtbüro in der Frauenbergstraße gekommen, hätte die Arbeit eben dort erledigt werden müssen.
Auf dem Marktplatz waren keine Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Stadtbüros eingesetzt.

Es fanden zwei Vollversammlungen der Studierenden in der Stadthalle statt. Eine am 30. Mai, und eine am 25. Oktober. In beiden Fällen waren Räumlichkeiten der Philipps-Universität nicht zu nutzen, deshalb habe ich als Oberbürgermeister den Studierenden die Stadthalle zur Verfügung gestellt.

Die Versammlung am 30. Mai war noch weit vor der Aktion Verfassungsklage.
Die Nutzung der Stadthalle für die Versammlung am 25. Okt. hätte 1.615,00 Euro gekostet.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Weber-Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.28 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Philipp Stompfe (Nr. 28 6/2007)
Vorlage: VO/1496/2007

Trifft es zu, dass das durch die ca. 62.000 Unterschriften eingeleitete Verfahren keine weitergehende rechtliche Konsequenz hat, als das durch die Fraktionen von SPD und Grünen bereits vor Monaten beim Staatsgerichtsgerichtshof eingeleitete Normenkontrollverfahren gegen das Studienbeitragsgesetz?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

SPD und Grüne haben im Februar 2007 gemeinsam Verfassungsklage gegen das hessische Studienbeitragsgesetzes eingereicht. Nun muss der Staatsgerichtshof in Wiesbaden entscheiden, ob die von der Landesregierung geplanten Studiengebühren einer juristischen Überprüfung standhalten. Im Kern geht es um den Artikel 59 der Landesverfassung. (Stichwort: Schulgeldfreiheit)

Unabhängig von dieser Verfassungsklage von SPD und Grünen haben hessische

Studierende sowie Eltern Unterschriften für eine eigene Klage gesammelt. Rund 70.000 Bürgerinnen und Bürger haben die Verfassungsklage von unten gegen das Studiengebührengesetz unterschrieben. Das sind weit mehr Unterschriften als für die Klage vor dem Staatsgerichtshof nötig. (Rund 43.300 wahlberechtigte Hessen)

Für eine juristische Überprüfung des Gesetzes notwendig ist eine solche Volksklage nicht.
Aber mit dieser Unterschriftenaktion konnten Bürgerinnen und Bürger unmittelbar ihre Meinung zum Ausdruck bringen.
Und die Bürgerinnen und Bürger haben von diesem ihnen zustehenden Grundrecht auch Gebrauch gemacht. Dies ist die erste erfolgreich eingereichte Volksklage in Hessen seit zwei Jahrzehnten. Allein diese Tatsache zeigt, dass die Frage nach „weitergehend rechtlichen Konsequenzen" mehr als überflüssig ist.

---

zu 4.29 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Philipp Stompfe (Nr. 29 6/2007)
Vorlage: VO/1497/2007

Ist der Magistrat bereit, eine ähnliche Aktion ohne rechtliche Relevanz mit einem vergleichbaren finanziellen und personellen Aufwand zu unterstützen, auch wenn die Aktion nur aus den Reihen von CDU oder FDP unterstützt würde?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg unterstützt Aktionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Parteipolitische Überlegungen spielen keine Rolle, natürlich Inhalte.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Sawalies (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.30 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 30 6/2007)
Vorlage: VO/1498/2007

Ist dem Magistrat bekannt, was mit dem ehemaligen Postgebäude in Cappel geschehen soll?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Eigentümerin des ehemaligen Postgebäudes in Cappel ist die Deutsche Post AG. Nach Auskunft des für die Vermarktung posteigener Immobilien zuständigen Segments steckt die Vermarktung des ehemaligen Cappeler Postgebäudes noch in der Vorbereitungsphase. Auf Nachfrage wurde mitgeteilt, dass die Vermarktung jetzt zügig vonstatten gehen soll, eine konkrete Zeitangabe wollte man aber nicht machen.

---

zu 4.31 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 31 6/2007)
Vorlage: VO/1509/2007

Besteht die Möglichkeit, die Nutzung des ÖPNV bei Ausflügen von Kindertageseinrichtungen mit Vorschulkindern (6 Jahre) kostenfrei anzubieten?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Bedienungsgebiet des RMV fahren Kinder bis einschließlich 5 Jahre - in Begleitung einer mindestens 16-jährigen Person - kostenlos. Das bedeutet, dass lediglich von den Betreuern (bzw. älteren Kindern), Fahrscheine zu lösen sind. Allerdings muss lt. § 2 der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen darauf geachtet werden, dass ausreichend viele Aufsichtspersonen eine sichere Beförderung gewährleisten. Eine weiterreichende Freifahrtregelung für Kindergruppen sind im RMV-Tarif nicht vorgesehen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.32 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr. 32 6/2007)
Vorlage: VO/1530/2007

In welchem Umfang und mit welchen Ergebnissen werden zur Reinigung in städtischen Liegenschaften umweltfreundliche Reinigungsmittel verwendet?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Sämtliche Reinigungsmittel, die von der Stadt Marburg beschafft werden, sind mit einem ökologischen Zertifikat ausgestattet, das auch Auskunft über die biologische Totalabbaubarkeit aller Inhaltsstoffe bietet. Die eingesetzten Mittel haben die Bewertung "gut", "sehr gut" oder "hervorragend" biologisch abbaubar. Zu der Frage, mit welchen Ergebnissen die Reinigungsmittel verwendet werden, liegen für den Bereich der städtischen Liegenschaften keine vergleichenden Untersuchungen vor. Signifikante Unterschiede zu anderen Reinigungsmitteln sind bisher keine aufgefallen.

---

zu 4.33 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 33 6/2007)
Vorlage: VO/1531/2007

Das Gebäude Lingelgasse 5 wurde durch die GeWoBau auch mit öffentlichen Mitteln aufwändig restauriert. Wie wurde und wird sichergestellt, dass die Erträge aus der Verpachtung der Gewerbeflächen optimiert sind? Gab es z. B. eine Ausschreibung für die Gaststätte?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Eigentümer des Grundstücks Lingelgasse 5 ist die GeWoBau GmbH Marburg. Die Förderung mit Städtebaufördermitteln erfolgte als Spitzenfinanzierung für die

Modernisierung und Instandsetzung des Bestandsgebäudes, d.h. nur für den Altbauteil ohne Neubautrakt zur Lahn hin.

Da es sich bei dem Gebäude nicht um ein öffentliches Gebäude handelt, liegt die Verpachtung der Gewerbeflächen allein in der Hand des Eigentümers, sowohl hinsichtlich der Optimierung der Erträge wie auch hinsichtlich der Auswahl des Pächters. Für eine Ausschreibung der Gaststätte besteht keine Pflicht.

Die Kleine Anfrage wird ergänzend auch durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.34 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 34 6/2007)
Vorlage: VO/1499/2007

Den AnwohnerInnen Weidenhauses wurde von Bürgermeister Dr. Kahle vor Beginn der Bauarbeiten auf dem Feeser-Gelände versprochen, die fußläufige Anbindung Weidenhausens durch eine "Durchwegung" des GeWoBau-Geländes am Erlengraben zu verbessern. Das Gebäude auf dem Feeser-Gelände steht kurz vor der Fertigstellung. Von einer "Durchwegung" ist jedoch bisher nichts zu sehen. Wann und wie wird der Magistrat die Zusage von Dr. Kahle einlösen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Für die Durchwegung des GeWoBau-Geländes am Erlengraben wurde eine vertragliche Regelung mit der GeWoBau vereinbart und es sind Haushaltsmittel in Form einer Verpflichtungsermächtigung vorhanden. Zunächst wird gemäß der Aufteilung der Haushaltsvolumina eine Querungsinsel in der Straße "Am Erlenring" eingerichtet. Sodann soll das Verkehrverhalten der Fußgänger beobachtet werden, die ja bereits heute schon vorhandene Wege auf dem GeWoBau-Gelände nutzen können. Wenn sich nach Inbetriebnahme der Bebauung auf dem Feeser-Gelände zeigt, wie sich die Fußgängerströme entwickeln, soll entschieden werden, ob zusätzlich zu der verbesserten Durchwegung Maßnahmen erforderlich scheinen.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Schäfer (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.35 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 35 6/2007)
Vorlage: VO/1500/2007

Bleibt die Verkehrsampelanlage Oberer Rotenberg/Höhenweg nach Abschluss der Bauarbeiten Emil-von-Behring-Straße - Marbacher Weg - Ketzerbach weiterhin aktiv geschaltet?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Derzeit wird durch die Straßenverkehrsbehörde in Abstimmung mit dem regionalen Verkehrdienst der Polizei und dem Fachdienst Tiefbau geprüft, ob die Anlage nach Abschluss der Bauarbeiten weiterhin erforderlich ist.

---

zu 4.36 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 36 6/2007)**
Vorlage: VO/1532/2007

Werden die aktiven Sportvereine TSV Marbach und TV Europabad Marbach, einen Bestandsschutz vorausgesetzt, in die anstehenden Planungen des Europabadgeländes mit eingebunden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Natürlich werden bei den anstehenden Planungen hinsichtlich der Nachfolgenutzung des Europabadgeländes die dort ansässigen Sportvereine mit eingebunden.

Damit ist die Fragestunde abgelaufen. Die restlichen Kleinen Anfragen Nr. 37 - 40 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

---

zu 5 **Haushalt 2007**
hier: Erlass der I. Nachtragshaushaltsatzung 2007 gem. § 98 HGO

Vorlage: VO/1348/2007

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Oberbürgermeister Vaupel hat im Haupt- und Finanzausschuss darum gebeten, folgenden Deckungsvermerk in die Vorlage aufzunehmen:

Die Haushaltsstelle 2303001/9401000 "Erneuerungsmaßnahmen" ist mit der Haushaltsstelle 2303001/941000 "Erneuerungsmaßnahmen" gegenseitig deckungsfähig.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Weiterhin hat die Stadtverordnete Schwebel (FDP) beantragt, aus der Liste der Änderungsanträge der Fraktion Marburger Linke, den Änderungsantrag zur Haushaltsstelle 5720/9400 "Neubau von Niedrigenergiebad" Erhöhung des Ansatzes um 1,2 Millionen Euro einzeln abzustimmen. Der Haupt- und Finanzausschuss hat diese von der Fraktion Marburger Linke beantragte Erhöhung des Ansatzes mehrheitlich abgelehnt. Weiterhin hat der Haupt- und Finanzausschuss die übrigen Änderungsanträge der Fraktion Marburger Linke zum Nachtragshaushaltsplan abgelehnt. Zur Vorlage selbst empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung. Aussprache wurde beantragt.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Acker (SPD), Dr. Wulff (CDU), Metz (Marburger Linke), Schwebel (FDP), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Severin (SPD) und Oberbürgermeister Vaupel.

Während der Debatte hat von 19:57 Uhr bis 20:05 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dorn (Bündnis 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung übernommen.

Nach der Debatte lässt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion Marburger Linke getrennt abstimmen.

1. 5600/9400 Neubau Niedrigenergiebad
+ 1.200.000 Euro

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen der Fraktionen Marburger Linke, FDP und MBL gegen die Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

2. Abstimmung über alle anderen Änderungsanträge der Fraktion Marburger Linke

9110/9781 Außerordentliche Tilgung von Darlehen
Eine außerordentliche Tilgung in Höhe von 2.554.000 Euro, wie im Nachtragshaushalt vorgesehen, unterbleibt.

0220/4161 Personalausgaben für ABM
+ 1.000.000 Euro

4001/7190 Stadtpass
+ 500.000 Euro

4320/7171 Zuschuss Stiftung
+ 1.000.000

9110/3770 Kredite von Kapitalmarkt
- 2.575.425 Euro

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke gegen die übrigen Stimmen der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Die genannten Änderungsanträge der Fraktion Marburger Linke werden abgelehnt.

Beschlussfassung über die Gesamtvorlage einschließlich des im Haupt- und Finanzausschuss noch eingefügten Deckungsvermerks:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

1. **Aufgrund der §§ 94 ff. HGO wird die folgende I. Nachtragshaushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2007 beschlossen:**

I. Nachtragshaushaltssatzung
der Universitätsstadt Marburg
für das Haushaltsjahr
2 0 0 7

Aufgrund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01. April 2005 (GVBl. 2005 I S. 142 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Oktober 2005 (GVBl. 2005 I S. 674), hat die Stadtverordnetenversammlung am 29.06.2007 folgende I. Nachtragssatzung beschlossen:

§ 1

Mit dem I. Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um €	vermindert um €	und damit der Gesamtbe des Haushaltsplanes ein der Nachträge gegenüber bisher €	auf nunm festgeset
a) <u>im Verwaltungshaushalt</u>				
die Einnahmen	**16.344.000**	**116.000**	**141.711.000**	**157.939.0**
die Ausgaben	**16.228.000**	**0**	**141.711.000**	**157.939.0**
b) <u>im Vermögenshaushalt</u>				
die Einnahmen	**10.061.425**	**3.775.425**	**60.772.000**	**67.058.00**
die Ausgaben	**6.551.000**	**265.000**	**60.772.000**	**67.058.00**

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 4.884.425 € um 3.775.425 € vermindert und damit auf 1.109.000 € neu festgesetzt.

Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds (B) i. H. von 1.109.000 € enthalten.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 9.946.400 € um 3.025.000 € erhöht und damit auf 12.971.400 € neu festgesetzt.

§ 4

Der bisherige Höchstbetrag der Kassenkredite wird nicht geändert.

§ 5

Die Gemeindesteuern werden nicht geändert.

§ 6

Der bisherige Stellenplan wird nicht geändert.

§ 7
Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Die Festsetzungen aus der Haushaltssatzung 2007 nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22. Dezember 2006 werden nicht geändert.

§ 8
Sperren

Die Festsetzungen aus der Haushaltssatzung 2007 nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22. Dezember 2006 werden nicht geändert.

§ 9
Kredite vom Kapitalmarkt

Die Festsetzungen aus der Haushaltssatzung 2007 nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22. Dezember 2006 werden nicht geändert.

§ 10
Besondere Bestimmungen zum Stellenplan

Die Festsetzungen aus der Haushaltssatzung 2007 nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22. Dezember 2006 werden nicht geändert.

2. **Die daraus sich ergebenden Veränderungen im Investitionsprogramm und im Finanzplan werden mit dem Haushalt 2008 aktualisiert.**

---

zu 6 **Seniorenbeirat**
Hier: Wahl eines Fraktionsmitgliedes der Fraktion Marburger Linke
Vorlage: VO/1379/2007

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Metz (Marburger Linke). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage beraten und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung das Fraktionsmitglied der Marburger Linke Prof. Dr. Georg Fülberth-Sperling in den Seniorenbeirat zu entsenden. Geheime Abstimmung wurde nicht beantragt.

Auch in der Stadtverordnetenversammlung wird eine geheime Abstimmung über diesen Wahlvorschlag nicht gewünscht. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Georg Fülberth-Sperling wird als Fraktionsmitglied der Fraktion Marburger Linke in den Seniorenbeirat der Universitätsstadt Marburg entsandt.

---

zu 7 **Besetzung des Schiedsamtes Marburg II (Kernstadt östlich)**
Vorlage: VO/1448/2007

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Metz (Marburger Linke). Dem Wahlvorbereitungsausschuss haben in seiner heutigen Sitzung nur die in der Vorlage bereits aufgeführten Wahlvorschläge vorgelegen. Im Ausschuss wurde eine geheime Abstimmung nicht verlangt. Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Wahl auf Grund der beiden aufgeführten Wahlvorschläge durchzuführen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Wahlvorschläge der CDU-Fraktion, Hans Joachim Schäfer und der SPD-Fraktion Hans Joachim Wölk getrennt abstimmen.

Der Wahlvorschlag der CDU-Fraktion, Hans Joachim Schäfer, wird unterstützt durch die Stadtverordneten der CDU-Fraktion.

Der Wahlvorschlag der SPD-Fraktion, Hans Joachim Wölk, wird unterstützt durch die Stadtverordneten der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und MBL.

Somit hat die Stadtverordnetenversammlung mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl folgenden Beschluss gefasst:

Herr Hans Joachim Wölk, wh. Ernst-Moritz-Arndt-Str. 4, 35039 Marburg wird zur Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk Marburg II (Kernstadt östlich) gewählt.

---

zu 8 **Straßenbenennung im Stadtteil Cyriaxweimar**
Vorlage: VO/1410/2007

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die im Plan gekennzeichnete Straße erhält den Namen

„Am Grabenacker"

Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

---

zu 9 **Bauleitplanung der Stadt Marburg**
Teiländerung des Flächennutzungsplanes Nr. 6 im Bereich der Kernstadt, Ortenberg

Vorlage: VO/1340/2007

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Plan umgrenzten Bereich wird die Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 6 gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

---

zu 10 **Bauleitplanung der Stadt Marburg**
Beschluss der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 6/12
Vorlage: VO/1341/2007

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Plan umgrenzten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 6/12 „Bahnflächen“ gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

---

zu 11 **Bauleitplanung der Stadt Marburg**
Bebauungsplan Nr. 11/4 Partikeltherapie-Anlage
hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/1388/2007

Die Vorlage wurde im Bau- und Planungsausschuss ausführlich beraten. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde nicht beantragt.

Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle als Baudezernent. Der Stadtverordnete Metz (Marburger Linke) gibt eine Erklärung zu dieser Vorlage ab.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und MBL und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

1. Die Schreiben der Träger öffentlicher Belange mit Anregungen wer den zur Kenntnis genommen. Den angeführten Abwägungsvorschlägen wird gemäß Einzelstellungnahme zugestimmt.

2. Der Bebauungsplan Nr. 11/4, Partikeltherapie-Anlage wird einschließlich Begründung gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

3. Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 11/4, Partikeltherapie-Anlage werden gemäß § 81 Hess. Bauordnung HBO) als Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich des o. g. Bebauungsplanes beschlossen.

---

zu 12 Jahresabschluss 2006 Fachdienst Städtische Bäder
Vorlage: VO/1446/2007

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Jahresabschluss des Fachdienstes (FD) Bäder zum 31.12.2006 wird mit einer Bilanzsumme von 465.315,36 € und einem Jahresverlust von 119.435,44 € festgestellt.
Das Defizit wird mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.06.2007 aus dem Haushalt 2007 der Stadt Marburg ausgeglichen.
Der Fachdienstleitung wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.

---

zu 13 Dringlichkeitsanträge

---

zu 13.1 Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Sonnenschutz im Aquamar
Vorlage: VO/1503/2007

Die Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen) trägt zum Beschlusstext noch eine Änderung vor, so dass der empfohlene Beschlusstext folgende Fassung erhält:

Der Magistrat wird aufgefordert, auf der Liegefläche des AquaMars - und speziell

um und über das Babybecken - Sonnensegel oder ähnliches aufzustellen und zu prüfen, ob Photovoltaiksegel zum Einsatz kommen können.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, auf der Liegefläche des AquaMars - und speziell um und über das Babybecken - Sonnensegel oder ähnliches aufzustellen und zu prüfen, ob Photovoltaiksegel zum Einsatz kommen können.

---

zu 13.2 Dringlicher Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. SGB II Eingliederungsmittel; Integration in Arbeit
Vorlage: VO/1516/2007

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der FDP, der Marburger Linken und der MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg soll

1. **sich beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales für die Freigabe der noch nicht zur Bewirtschaftung übertragenen Eingliederungsmittel (SGB II Grundsicherung für Arbeitssuchende) einsetzen und den Deutschen Städtetag sowie relevante Politiker/innen dafür um Unterstützung bitten;**

2. **sich beim Kreisausschuss dafür einsetzen, dass bei der Vergabe der dem Kreis für das Kreisjobcenter im Rahmen des SGB II zur Verfügung stehenden Eingliederungsmittel, benachteiligte und besonderer Unterstützung bedürfender Arbeitssuchende bei der Vergabe von Maßnahmen zur Integration in Arbeit weiterhin im bisherigen Umfang berücksichtigt werden;**

3. **dabei insbesondere die Unterstützung und Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildung, die Integration in den ersten Arbeitsmarkt und die Verbesserung der Integrationsquoten von Frauen beachten;**

4. **sich außerdem beim Kreisausschuss dafür einsetzen, dass bei der Mittel- bzw. Maßnahmevergabe durch das Kreisjobcenter die Beschäftigungsgesellschaften mit städtischer Beteiligung und die Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften, die seitens der Stadt mit zusätzlichen - in der Regel freiwilligen - Mitteln gefördert werden, in ihrem zukünftigen Bestand gesichert werden.**

---

zu 13.3 Dringlicher Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Schließung der Krankenpflegeschule
Vorlage: VO/1536/2007

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, Auskunft zu geben, ob das Gerücht zutrifft, dass die Rhön-Kliniken die Marburger Krankenpflegeschule „Elisabeth-von-

Thüringen-Akademie“ mit ca. 500 Ausbildungsplätzen schließen will zugunsten der Krankenpflegeschule Gießen und welches die Hintergründe dafür sind.
Falls das Gerücht zutrifft, wird der Magistrat beauftragt, alles zu unternehmen, um die Schließung zu verhindern.

---

zu 14 Anträge der Fraktionen

---

zu 14.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. EU-Verordnung für öffentliche Personenverkehrsdienste
Vorlage: VO/1290/2007

Die Vorlage wird von der antragstellenden Fraktion zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung.

---

zu 14.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Missstände in der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH
Vorlage: VO/1321/2007

Die Vorlage wird von der antragstellenden Fraktion zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung.

---

zu 14.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Tonbandwerbung
Vorlage: VO/1330/2007

Die Vorlage wird von der antragstellenden Fraktion für erledigt erklärt. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 14.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Saubere Stadt
Vorlage: VO/1352/2007

Die Vorlage wird von der antragstellenden Fraktion für erledigt erklärt. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 14.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verkehrsberuhigung in Cappel
Vorlage: VO/1367/2007

Der Antrag wird zurückgestellt bis der Ortsbeirat Cappel sein Votum abgegeben

hat.

---

zu 14.6 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Einheitliche Gebühren für Kinderbetreuung
Vorlage: VO/1374/2007

Die Vorlage wird von der antragstellenden Fraktion für erledigt erklärt. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 14.7 Antrag der CDU-Fraktion betr. Bismarckpromenade
Vorlage: VO/1391/2007

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordneten Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss ausführlich beraten worden. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung. Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, zu veranlassen, dass die Fußwege im Hansenhaus (gemäß den vorgelegten Fotos) gesäubert werden und die vorgesehene Sichtschneise so wieder hergestellt wird, dass wieder ein Stadtblick möglich ist.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich dem Votum des Bau- und Planungsausschusses hinsichtlich der geänderten Antragsfassung angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die geänderte Antragsfassung zur Abstimmung. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, zu veranlassen, dass die Fußwege im Hansenhaus (gemäß den vorgelegten Fotos) gesäubert werden und die vorgesehene Sichtschneise so wieder hergestellt wird, dass wieder ein Stadtblick möglich ist.

---

zu 14.8 Antrag Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Leuchten
Vorlage: VO/1411/2007

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, in allen städtischen Bereichen den Einsatz

von Glühbirnen - soweit technisch vertretbar - auszuschließen und die vorhandene Beleuchtungstechnik auf Stromsparpotentiale zu prüfen.

---

zu 14.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Nacht der Geisteswissenschaften Vorlage: VO/1435/2007

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke), Schwebel (FDP), Schäfer (Marburger Linke) und Stadträtin Dr. Weinbach.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 14.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Enteignungsverfahren Vorlage: VO/1436/2007

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneten Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke), Meyer (SPD) und Sawalies (FDP). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 14.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Alt- & Jung-Spielplätze Vorlage: VO/1438/2007

Der Antrag ist im Sozialausschuss beraten worden und wurde an den Seniorenbeirat und an das Kinder- und Jugendparlament überwiesen. Anschließend soll er erneut im Sozialausschuss beraten werden.

Die Stadtverordnetenversammlung überweist die Vorlage an den Seniorenbeirat und an das Kinder- und Jugendparlament.

Die Vorlage wird in sofern zurückgestellt.

zu 14.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Mobbing unter Jugendlichen
Vorlage: VO/1439/2007

Der Antrag ist im Sozialausschuss beraten worden. Die antragstellende Fraktion erklärt die Zurückstellung der Vorlage, bis entsprechende Arbeitsergebnisse vorliegen, um die diesbezüglich begonnen Aktivitäten zu bündeln.

Der Antrag ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Auch der Schul- und Kulturausschuss hat die Vorlage zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag ebenfalls zurück bis entsprechende Arbeitsergebnisse vorliegen.

---

zu 14.13 Antrag der CDU-Fraktion betr. Gründerzentrum
Vorlage: VO/1440/2007

Die Vorlage ist vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat zur abschließenden Beratung überwiesen worden. Der Ältestenrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 28.06.2007 zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

---

zu 14.14 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Campus-Planung mit KFZ als Kulturbaustein
Vorlage: VO/1441/2007

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD).

Die Vorlage wurde im Schul- und Kulturausschuss ausführlich beraten. Die FDP-Fraktion hat folgenden Änderungsantrag gestellt:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Planungsprozess für den neuen Campus der Universität dafür Sorge zu tragen, dass auf dem Campus-Gelände Kultureinrichtungen und Gastronomische Betriebe (insbesondere Studentenwerk) ihren Platz finden. Dabei ist zu prüfen, inwieweit das KFZ dort einen entwicklungsfähigen neuen Standort erhalten kann.

Dieser Antragsformulierung ist die CDU-Fraktion beigetreten. Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung jedoch mehrheitlich die Ablehnung des Änderungsantrages.

Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung der ursprünglichen Antragsfassung. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Brahms (SPD), Prof. Dr.

Dingeldein (FPD), Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen), Stompfe (CDU), Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), Sawalies (FDP) und erneut Prof. Dr. Dingeldein (FDP). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

Anschließend wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von 21:41 Uhr bis 21:59 Uhr unterbrochen, zum Zwecke der internen Meinungsbildung zwischen den Fraktionen. Nach Fortsetzung der Sitzung spricht der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen).

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt sodann über den von der FDP-Fraktion im Schul- und Kulturausschuss gestellten Änderungsantrag zur Vorlage abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 27 Ja-Stimmen aus CDU, FDP, MBL und Marburger Linke bei 28 Nein-Stimmen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag der FDP aus dem Schul- und Kulturausschuss wird abgelehnt.

Abstimmung über die ursprüngliche Antragsfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und 1 Stimme aus der FDP-Fraktion (insgesamt 33 Stimmen) bei Nein-Stimmen aus CDU, MBL und FDP folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, bei der Philipps-Universität und dem Land Hessen nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der Campus-Planung das KFZ als Kulturbaustein (bevorzugt auf dem ehemaligen Brauereigelände) vorgesehen wird. Bis zur Realisierung dieser Planung genießt das KFZ am jetzigen Standort Bestandsschutz.

---

zu 15 Kenntnisnahmen

---

zu 15.1 111. Vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2006: Sonderstatusstädte"
Vorlage: VO/1431/2007

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 15.2 Erneuerung der Universitätsstraße im Zuge der K 68
- Entwurfsgenehmigung gemäß Ziffer 2.23, Anlage 21 AGA
Vorlage: VO/1378/2007

Diese Kenntnisnahme wurde vom Oberbürgermeister zurückgestellt bis nach der Sommerpause. Die Vorlage soll zunächst im Bau- und Planungsausschuss und im Umweltausschuss im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung beraten werden, sodann erfolgt wieder die Aufnahme in die Tagesordnung der Stadtverordneten-

versammlung.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 22:20 Uhr und wünscht allen Anwesenden eine angenehme Sommerpause.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlichkeitsanträge
Schriftliche Beantwortung von Kleinen Anfragen